

Pressemitteilung



DGB Rheinland-Pfalz / Saarland

6. Februar 2017

He

www.rheinland-pfalz-saarland.dgb.de

PM 018/2017

Tarifrunde öffentlicher Dienst der Länder

Warnstreiks unausweichlich / Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamtinnen und Beamte gefordert

„Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder haben mehr verdient“, so Dietmar Muscheid, Vorsitzender DGB Rheinland-Pfalz / Saarland, bei einer gemeinsamen Pressekonferenz der für den öffentlichen Dienst zuständigen DGB-Gewerkschaften in Rheinland-Pfalz. Nachdem auch die zweite Verhandlungsrunde für den öffentlichen Dienst der Länder ohne Ergebnis blieb, rufen die DGB-Gewerkschaften jetzt zu Warnstreiks auf, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Michael Blug, Landesbezirksleiter ver.di Rheinland-Pfalz-Saarland:

„Die Beschäftigten leisten gute Arbeit. Die Arbeitgeber erwarten gute Leistung. Die Arbeitgeber wollen aber diese gute Arbeit nicht anständig bezahlen, das ist nicht in Ordnung und deshalb wehren wir uns dagegen.“

Insgesamt werden für den öffentlichen Dienst der Länder Verbesserungen im Gesamtvolumen von 6 Prozent gefordert. Der DGB fordert außerdem eine zeitnahe und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten.

Dietmar Muscheid, Vorsitzender DGB Rheinland-Pfalz / Saarland:

„Rheinland-Pfalz ist bei den Beamtengehältern im Bundesvergleich schon jetzt abgehängt. Darum muss das Land jetzt – wie im Koalitionsvertrag zugesagt – liefern und das Tarifergebnis auch auf die rund 78.000 betroffenen Beamtinnen und Beamten übertragen.“

Margarethe Relet, stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Rheinland-Pfalz, ergänzte:

„Um qualifizierte Fachkräfte zu finden und zu binden, müssen wir an das Entgeltniveau bei Bund und Kommunen anknüpfen. Eine weitere Abkopplung führt zur Abwanderung unserer besten Köpfe, und das können wir uns in der aktuellen Sicherheitslage absolut nicht erlauben.“

Klaus-Peter Hammer, der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Rheinland-Pfalz:

„Für die Lehrerinnen und Lehrer sowie die pädagogischen Fachkräfte an Schulen hat eine Einführung der Entwicklungsstufe 6 in die Entgelttabelle des Tarifvertrags der Länder (TV-L) hohe Bedeutung. Gerade das Land Rheinland-Pfalz muss ein großes Interesse daran haben, die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte und pädagogischen Fachkräfte deutlich zu verbessern. Schon jetzt können die meisten Länder allein den Ersatzbedarf, der entsteht, weil Lehrkräfte in den Ruhestand gehen, nicht mehr mit ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern decken.“

Weiter fordert die GEW, dass auch an den Universitäten befristete Beschäftigungsverhältnisse in unbefristete Stellen umgewandelt werden, damit jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine Zukunftsperspektive haben.